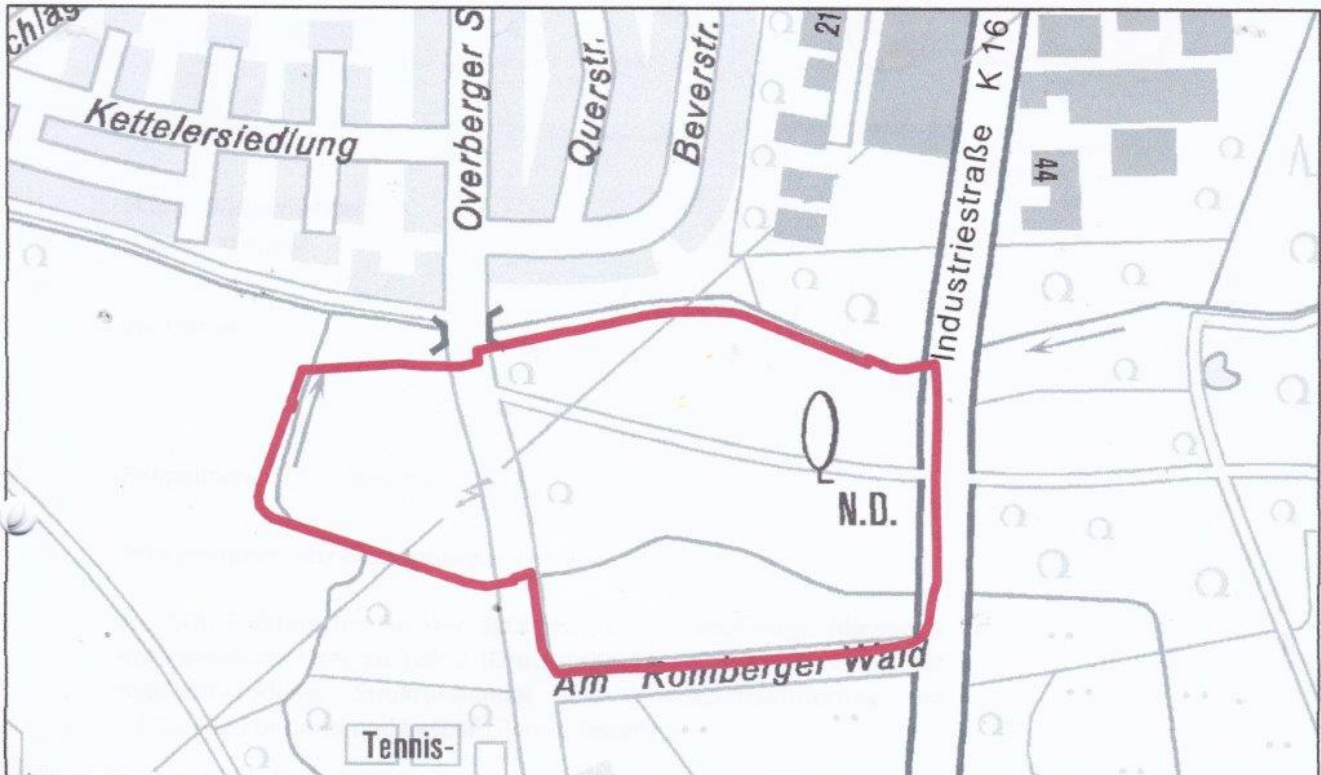


Samstagsspaziergang gegen geplantes Gewerbegebiet im Rünther Süden

Potenzialstandorte für eine gewerbliche Entwicklung

Standort 1: Overberge / Rünthe-Süd



Die rote Linie zeigt die Grenze des möglichen neuen Gewerbegebiets südlich von Rünthe Süd.

Die angelaufene Unterschriftenaktion gegen ein mögliches Gewerbegebiet Rünthe-Süd/Overberge hat schon mehr als 500 Unterschriften erbracht.

Auch am kommenden Samstag wird es wieder einen Infostand des Aktionskreises geben: Ab 8.00 Uhr vor dem Postcafé, anschließend vor dem Schreibwarengeschäft Brocke in der Rünther Straße und gegen 11.30 Uhr vor Trinkgut im Gewerbegebiet „Rünthe“.

Beim Infostand wird auch für die Teilnahme am

Stadtteilspaziergang „Regionaler Grünzug“ am Samstag, 16. März, geworben. Der Start ist um 14 Uhr am ehemaligen Marktplatz in Rünthe. Die Wegstrecke beträgt zwischen 3 bis 4 km. Auf die Teilnehmer warten am Ende gegen 16 Uhr Kaffee & Kuchen sowie Grillwürste im dafür aufgebauten Pavillon vor dem Naturdenkmal.

Weitere

Infos:

<https://www.aktionskreis-bergkamen.de/aktuelles/>

Bundesumweltministerin Svenja Schulze bestätigt: Neue LED-Beleuchtung im Bergkamener Rathaus schützt das Klima



Präsentieren das von Bundesumweltministerin Svenja Schulze

unterschriebene Klima-Zertifikat (v. l.): Dr. Hans-Joachim Peters, Bürgermeister Roland Schäfer und Wilhelm Becker.

Viele Bergkamener haben bereits ihre alten Glühlampen außer Dienst genommen und durch moderne LED-Beleuchtungskörper ersetzt. Diese moderne Beleuchtung hält länger und spart jede Menge Strom. Bei einer Stadtverwaltung hat diese Umrüstung allerdings etwas länger gedauert.

So hatte man den Einspareffekt in einem Büro getestet. Zum Vergleich erhielt auch das benachbarte gleichgroße Büro mit den alten Lampen einen Stromzähler. Das Ergebnis überzeugte: Das LED-Musterbüro verbraucht nur 15 Prozent von dem Strom, der im Nebenraum durch die Lampen geht. Berücksichtigt wurde dabei auch in Absprache mit dem Personalrat, bei welchem LED-Licht sich die Rathausmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wohlfühlen und gut arbeiten können.

Inzwischen ist das Bergkamener Rathaus umgerüstet worden. Dafür hielten Donnerstagnachmittag Bürgermeister Roland Schäfer, der erste Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters und Energieexperte Wilhelm Becker ein Zertifikat in den Händen, das von Bundesumweltministerin Svenja Schulze unterzeichnet wurde. Dadurch wird der Stadt bescheinigt, dass sie aktiv etwas für den Klimaschutz getan habe. Insgesamt würden durch diese Maßnahme 991 Tonnen Kohlendioxid in 20 Jahren eingespart.

Diese Umrüstung hat 191.000 Euro gekostet. 57.400 Euro steuert der Bund dazu bei. Die Stadt geht davon aus, dass sich diese Investition nach 8,3 Jahren bezahlt gemacht hat, weil durch diese Umrüstung rund 15.000 Euro an Stromkosten gespart werden.

Besuch aus Weißrussland: Delegation zum Austausch im Kreis



Bildzeile: Landrat Michael Makiolla begrüßte die Delegation aus Weißrussland herzlich im Kreis Unna. Foto: Fabiana Regino

Gelebte Völkerverständigung hat beim Kreis Unna eine lange Tradition. Jüngster Beleg: Der Besuch einer Delegation aus Weißrussland. Die aus dem rund 1.500 Kilometer entfernten Vilejka angereisten Gäste begrüßte Landrat Michael Makiolla offiziell im Kreishaus in Unna. Der Austausch findet im Rahmen des Bundesregierungsprojektes „Belarus Support Programme 2016-2019“ statt.

Radwege im Fokus

Der Aufenthalt hält für die sieben Besucher ein vielseitiges Programm bereit. Nachdem sie Aufbau und Organisation der Kreisverwaltung kennengelernt hatten, ging es weiter mit Vorträgen zum Thema Nahverkehr und Mobilität. In besonderem Blickpunkt standen dabei Radwege und ihre Vernetzung. Nach der Theorie folgte die Praxis: Zur Veranschaulichung diente ein

Radausflug an die Lüner Lippeaue und zur Oköstation in Bergkamen-Heil.

„Dass Menschen von so weit her in den Kreis Unna reisen, um sich über unser Radverkehrskonzept zu informieren, zeigt, wie weit der Ruf des Kreises Unna als fahrradfreundliche Region reicht“, sagt Landrat Michael Makiolla mit einem kleinen Augenzwinkern.

Kommunikation durch Kunst

Wenn die Sprache hin und wieder auf Barrieren trifft, ist es Zeit für Kunst. Schöne Töne gab es für die weißrussischen Gäste beim Konzert der Neuen Philharmonie Westfalen in Kamen, leuchtende Spektakel standen beim Besuch des einmaligen Lichtkunstmuseums in Unna auf dem Programm. PK | PKU

Bündnis 90 / Die Grünen und die BI L 821n Nein laden auch am Sonntag zum Sonntagsspaziergang gegen L 821n ein

Der Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen in Bergkamen und die Bürgerinitiative L 821n Nein laden erneut am Sonntag, 10. März 2019 ab 15.00 Uhr zum Protestmarsch gegen den Bau der L 821n ein. Treffpunkt ist die Brücke über den Kuhbach am Pantenweg neben der Realschule in Bergkamen-Oberaden.

Bei dieser Veranstaltung wird der geplante Trassenverlauf der L821n abgelaufen. An einigen Punkten werden Stopps eingelegt

und Einzelheiten der Baumaßnahme besprochen. Hiermit soll ein Zeichen gesetzt werden gegen den überflüssigen und extrem klimaschädlichen Bau dieser Straße. Der Protestmarsch führt über die Kuhbachtrasse, vorbei am Parkfriedhof und durch die Felder. Dieser Spazierweg wird mit dem Bau der Straße versperrt. An diesem Sonntag werden auch die bereits erfolgten Rodungen thematisiert.

Eingeladen und aufgerufen zur Teilnahme sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters, die mit ihrer Teilnahme ein Zeichen gegen den Bau der L821n setzen wollen. Auch Hundehalter sind herzlich willkommen, die bisher sehr zahlreich diese Wege nutzen.

Soziale Wohnraumförderung: Rund 4,2 Millionen Euro bewilligt

Bezahlbare Wohnungen für Menschen mit vergleichsweise kleinem Geldbeutel: Das ist das Ziel der sozialen Wohnraumförderung. Die Mittel stellt das Land bereit, die Bewilligung erledigt der Kreis. Und der gab 2018 rund 4,2 Millionen Euro frei. Das ist zwar weniger als im Jahr zuvor (2017: 5,2 Millionen Euro), für das Sachgebiet Wohnraumförderung war es dennoch sehr arbeitsintensiv, wie Sachgebietsleiter Bernd Teichert für das Jahr 2018 bilanziert.

„Der Beratungsbedarf bei den Bauinteressierten war höher als im Jahr zuvor. Viele Projekte sind nahezu bewilligungsreif, wurden von den Investoren jedoch in das Jahr 2019 verschoben. Ein Grund dafür ist beispielsweise die Veränderung der Gebietskulissen und die damit verbundene Verschlechterung der

Förderkonditionen durch das Land NRW für einzelne Kommunen wie z.B. Lünen“, so Teichert.

Alte Projekte, neue Aufgaben

Damit nicht genug – die Mitarbeiter betreuen dazu noch alte Projekte weiter wie etwa das Projekt „Potsdamer Straße“ in Unna-Königsborn. Nach dem Abriss der Altbauten sollen dort 132 moderne Wohneinheiten und 24 PflEGEwohnplätze entstehen. Wegen der großen Bedeutung für die Quartiersentwicklung ist das Vorhaben auch ein „Leuchtturmprojekt“ des Landesbauministeriums NRW in Höhe von fast 15 Millionen Euro.

Detaillierte Informationen gibt es bei der NRW-Bank (www.nrwbank.de). Ansprechpartner beim Kreis ist Bernd Teichert, Sachgebietsleiter im Fachbereich Bauen, Tel. 0 23 03 / 27-11 60, E-Mail: bernd.teichert@kreis-unna.de. PK | PKU

AfA informiert mit dem ADFC-Landesvorsitzenden Thomas Semmelmann über den „Aufbruch Fahrrad“

Über das Thema „Aufbruch Fahrrad“ und welche Möglichkeiten, Herausforderungen und Probleme sich dadurch für die tägliche berufliche Mobilität ergeben, möchte der SPD AfA Stadtverband Bergkamen mit dem Landesvorsitzenden des ADFC NRW, Thomas Semmelmann, diskutieren.

Die Veranstaltung findet statt am 27. März um 18 Uhr in der VHS (Treffpunkt) in der Lessingstraße.

Am 16. Juni 2018 fiel auf dem Kölner Fahrrad-Kongress RADKOMM

der Startschuss für die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“.

Nach Diesel-Skandal, Feinstaub-Alarm, Stau-Rekorden sollte es in Nordrhein-Westfalen so nicht weitergehen. Unsere Städte platzen aus allen Nähten, der Verkehr wird immer mehr, Stress und Parkplatzmangel gehören zur Tagesordnung. Trotzdem steigen immer noch viele Menschen ins Auto, weil sie den Eindruck haben, nicht sicher und komfortabel Radfahren zu können. Wie die Statistik zeigt, fallen etwa 50 Prozent aller Autofahrten auf den kurzen Strecken an, also auf Fahrten bis fünf Kilometer. Genau diese Fahrten lassen sich problemlos mit dem Fahrrad zurücklegen. Kopenhagen und die Niederlande machen seit Jahren vor, wie es geht. Wenn sich die Menschen auf dem Fahrrad sicher fühlen und die Infrastruktur in Form von guten und komfortablen Radwegen vorhanden ist, kann das Fahrrad ein Teil der Lösung sein. Die Mobilitätswende ist nach Ansicht der Initiatoren von „Aufbruch Fahrrad“ längst überfällig. Ziel ist es, ein Fahrradgesetz für Nordrhein-Westfalen zu verabschieden.

Die Initiatoren der Volksinitiative sind der RADKOMM e.V. und der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) NRW. Außerdem hat sich ein breites Aktionsbündnis gebildet, dem mehr als 60 Unterstützer aus den Bereichen Umwelt und Verkehr angehören. Mit einer starken Allianz, die täglich wächst, soll der Aufbruch in ein modernes und bewegliches Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht werden. Ziel ist, dass der landesweite Radverkehrsanteil bis zum Jahr 2025 von 8% auf 25% ansteigt.

Aus organisatorischen Gründen bittet die AfA um eine kurze Anmeldung per Mail an:

jens-schmuelling@t-online.de

Rollschuhbahn an der Goethestraße soll ein neuer Parkplatz werden



Die Rollschuhbahn an der Goethestraße soll jetzt ein Parkplatz werden.

Vor einigen Wochen hatte die SPD-Stadtverordnete Brigitte Matiak zu einer Ortsbegehung im Bereich Goethestraße in Weddinghofen eingeladen. Eine Klage der Anwohner war, dass nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stünden. Zumindest im Bereich zwischen der Herrmann-Hesse-Straße und der Uhlandstraße bahnt sich jetzt eine schnelle Lösung an. Allerdings hat hier der Jugendhilfeausschuss, der am 12. März tagt, ein wichtiges Wort mitzureden.

Denn geplant ist, die bisher als Rollschuhplatz ausgewiesene Fläche als Parkplatz zu nutzen. Noch versperren zurzeit zwei Poller die Zufahrt und einige rote Farbmarkierungen auf dem Asphalt deuten an, dass hier noch die Stellplätze mit weißer

Farbe eingezeichnet werden müssen.

Zumindest das Jugendamt hat keine Einwände für diese Umwandlung einer Spielfläche. „Die Rollschuhbahn existiert seit mehreren Jahrzehnten. Nach Beobachtungen des Jugendamtes wird diese Fläche praktisch nicht genutzt. Die letzte beobachtete regelmäßige Nutzung fand Ende der 1990-er Jahre statt, als an diesem Standort Rollhockeytore standen. Durch diese Nutzung gab es immer wieder Schäden an den unmittelbar an der Fläche parkenden Autos und Anwohnerbeschwerden über Lärm und Vermüllung. Die Tore wurden daraufhin abgebaut. Eine Aufwertung der Fläche, etwa durch mobile Skatelemente, kommt aus Gründen des Emissionsschutzes nicht in Betracht.

Gegen die Umwandlung und Zuführung zu einer anderen Nutzung ist aus Sicht des Jugendamtes nichts einzuwenden, da an dieser Stelle keine Spielfläche mit tatsächlichem Spielwert verloren geht“, heißt es in der Vorlage, die den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zugegangen ist. Wahrscheinlich wird sich der Ausschuss diesem Vorschlag anschließen.

BergAUF ruft zur Teilnahme an der Demonstration vor dem RAG-Hauptgebäude auf

BergAUF Bergkamen unterstützt die Demonstration vor dem RAG Hauptgebäude in Essen, zu der „Kumpel für AUF“ am Samstag, 16. März, aufgerufen hat.

„Es geht dabei gegen die Streichung der „Deputatskohle“ für Bergbaurentner und ihre Familien, gegen die Flutung der Bergwerke nach der erfolgten Stilllegung des Bergbaus und um die Bergung des Giftmülls unter Tage“, erklärt der

Geschäftsführer der BergAUF-Fraktion im Bergkamener Stadtrat,
Werner Engelhardt.

Der Auftakt ist am 16. März um 11:00 Uhr vor dem Haupteingang
zur Zeche Zollverein (Schacht XII), Gelsenkirchener Straße
181, anschließend Demonstration Richtung Katernberg, 12:30 Uhr
Abschlusskundgebung auf dem Katernberger Markt.

BI L821n Nein!: Straßen.NRW sei Aufsichtspflicht nicht nachgekommen

Die Fällaktion für die L821n am vergangenen Mittwoch sowie der
Feuerwehr- und Polizeieinsatz wegen eines nicht mehr
standfesten Baumes hat die Bürgerinitiative „L821n Nein!“,
erneut eine Mail nach Düsseldorf und zur Bezirksregierung
Arnsberg geschickt.

Darin erhebt sie den Vorwurf, dass Straßen.NRW „seiner
Aufsichtspflicht in Hinsicht auf Ausführung und Abnahme der
durchgeführten Arbeiten nicht nachgekommen“ sei. Adressaten
dieser Mail sind unter anderen Ministerpräsident Armin
Laschet, Heimatministerin Ina Scharrenbach und
Verkehrsminister Hendrik Wüst.

Hier die Mail im Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

wir teilen Ihnen folgendes mit:

*Die Rodungsmaßnahmen bezüglich der Baufeldfreimachung zur
Realisierung des Neubaus der L821n wurden am 27.02.2019 nach*

unserem Ermessen in hektischer Art und Weise und aus unserer Sicht wider jeglicher menschlicher Vernunft durchgeführt.

Am Samstag, 02.03.2019, musste durch aufmerksame Mitbürger zudem festgestellt werden, dass ein Baum sehr wohl für die Fällung vorbereitet, d. h. eine Fällkerbe war angesetzt, aber die Arbeit nicht zu Ende geführt worden ist, siehe dazu diverse Mitteilungen der örtlichen Presse.

Eine angesetzte Fällkerbe mindert die natürliche Standfestigkeit eines Baumes maßgeblich und birgt ein ernst zu nehmendes Gefährdungspotenzial. Dies wurde letztendlich durch Polizei und Feuerwehr bestätigt, welche entsprechende Maßnahmen unverzüglich eingeleitet haben.

Nach allgemeinem Kenntnisstand ist Straßen NRW der Auftraggeber v. g. Maßnahmen, hier: Rodungsarbeiten. Aus unserer Sicht ist in diesem Fall der Auftraggeber seiner Aufsichtspflicht in Hinsicht auf Ausführung und Abnahme der durchgeführten Arbeiten nicht nachgekommen.

Sicherlich gilt es zu prüfen, inwieweit der aufgeführte Sachverhalt aufzuarbeiten ist und welche Konsequenzen dies nach sich zieht.

Des Weiteren stellen wir an dieser Stelle fest:

Die Durchführung der Rodungsarbeiten bezeichnet nunmehr den Beginn der Baumaßnahme L821n, obgleich die Problematik der Entwässerung im Ansatz noch völlig ungeklärt ist.

Folglich besteht weder eine Planungssicherheit zur Ausführung des Projektes noch eine Kostensicherheit hinsichtlich der erforderlichen baulichen Leistungen. Dies bestätigt sich u. a. damit, da die baulichen Leistungen noch nicht einmal ausgeschrieben worden sind. Dies begründet sich wohl darin, dass offensichtlich noch ein erhebliches Planungsdefizit besteht.

Wir verweisen auf unsere Email vom 19.02.2019 und bezweifeln weiterhin die Rechtmäßigkeit und Richtigkeit des Planfeststellungsverfahrens bzw. Planfeststellungsbeschlusses zum Bau der L821n.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme bis zum 12.03.2019 und verbleiben

*Herzlichst
Anja Lenz
BI L821n NEIN „*

Probealarm am 7. März: Sirenen werden getestet

Im Kreis Unna und in ganz NRW werden am Donnerstag, 7. März um 10 Uhr die Sirenen heulen. Das Land NRW hat den landesweiten Probealarm ausgerufen, um auf die Bedeutung der Warnsignale hinzuweisen. Auf die rund 140 Sirenen im Kreis greifen die Bevölkerungsschützer zurück, wenn es ernst wird.



Mit dem Heulen wird die Bevölkerung bei großen Schadenslagen und Katastrophen gewarnt – etwa bei Bombenentschärfungen, Großbränden oder Unwettern. Das setzt voraus, dass sie dann auch funktionieren. Deshalb sollen sie regelmäßig getestet werden. Aber auch die Bevölkerung muss wissen, was die jeweiligen Signale der Sirenen bedeuten.

Probe im gesamten Kreis

Möglich ist die Warnung der Bevölkerung über Sirenen in allen Städten im Kreis Unna mit Ausnahme der Stadt Lünen. Je nach Ausbaustufe des Sirenennetzes werden aber nicht überall im Kreisgebiet die Sirenen zu hören sein.

Signalfolge des Probealarms und Bedeutung:

Dauerton, eine Minute lang, Bedeutung: Entwarnung

An- und abschwellender Ton, eine Minute lang, Bedeutung: Warnung! Radio einschalten, auf Durchsagen achten, Informationen über das Internet einholen.

Dauerton, eine Minute lang, Bedeutung: Entwarnung

Nach Vorgaben des Warnerlasses NRW wird an jedem ersten Donnerstag im März und September um 10 Uhr wird ein landesweiter Probealarm ausgelöst. Die Signalfolge ist im Warnerlass festgelegt.

Informationen zum Probealarm gibt es auf der vom Land geschalteten Internetseite www.warnung.nrw und unter www.kreis-unna.de/nachrichten und in den Social Media-Kanälen des Kreises (www.facebook.com/KreisUnna, www.twitter.com/kreis_UN). PK | PKU

**Weddinghofens erster
Bürgermeister nach dem 2.
Weltkrieg war „ein toller
Kerl“**



Christel Fließ mit einem Zeitungsartikel zum 100. Geburtstags ihres Schwiegervaters.

Der Platz an der Ecke Schulstraße/Goekenheide, auf dem das Mahnmal für die Opfer der beiden Weltkriege steht, heißt nun Ernst-Fließ-Platz. Das beschloss der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig. Eine entsprechende Tafel wird im Laufe des Jahres angebracht.

Doch wer war dieser Ernst Fließ? Seine Schwiegertochter Christel, heute 84 Jahre alt, erinnert sich: „Das war ein toller Kerl. Er war grundehrlich, meinte es mit allen gut und hat geholfen, wo er nur konnte.“

Seine Statur hingegen kann sie nur schwer beschreiben. „Er war normal groß, und ich kannte ihn leider nur als kranken Mann.“ Denn Ernst Fließ, der am 22. November 1898 geboren wurde und 1964 mit 66 Jahren starb, litt an der Bergmanns-Krankheit Steinstaub. Die hatte ihn auch dazu gezwungen, das Bürgermeisteramt nach 15 Jahren aufzugeben.



Weddinghofens
ehemaliger
Bürgermeister Ernst
Flüß.

Christel Flüß war 17 Jahre alt, als sie den späteren Schwiegervater kennenlernte. Sie hatte sich in den jüngsten Flüß verliebt, und hatte Mitleid mit der Familie, die drei von fünf Kindern im Krieg verloren hatte. Die beiden Ältesten kamen nicht nach Hause zurück und wurden vom Vater bis in die Nachkriegszeit hinein vergeblich gesucht, die Tochter starb in den letzten Kriegstagen.

Die Wände des Hauses an der Schulstraße unmittelbar gegenüber des nun nicht mehr namenlosen Platzes könnten vermutlich viel erzählen. Hier lebte Ernst Flüß Zeit seines Lebens. Erst im Altbau, dann im neuen Anbau. Christel Flüß kann jedoch in eine Mappe schauen, die viele alte Dokumente aus der Familiengeschichte enthält.

Neben der Todesanzeige auch Zeitungsartikel. Natürlich die unzähligen, die über die Trauerfeier berichten. Die wurde im Oktober 1964 von 500 Menschen besucht, Abordnungen von Vereinen und die Feuerwehr boten das letzte Geleit für einen Mann, „dessen Leben unter der Devise gestanden hat, für andere da zu sein“, heißt es in einem der Artikel.

Die Mappe enthält aber auch historische Dokumente, wie die

Urkunde, mit der Ernst Fließ mit Wirkung zum 1. Juni 1945 von der britischen Militärregierung zum Bürgermeister der Gemeinde Weddinghofen bestellt wurde. So steht es zumindest in der deutschsprachigen Übersetzung der Urkunde mit Datum vom 4. Juni 1945. Das englische Original nennt Montag, den 28. Mai 1945, als Stichtag für die Amtsübernahme.

Nicht nur die britische Militärregierung war überzeugt, dass Fließ der richtige Mann für das Amt war, auch die Weddinghofer bestätigten ihn am 23. September 1946 bei der ersten Bürgermeisterwahl nach dem Krieg im Amt. Es gab keinen Gegenkandidaten. Mehrfach wurde er wiedergewählt, blieb insgesamt 15 Jahre Bürgermeister von Weddinghofen und bewegte so viel für seine Gemeinde wie kein zweiter.

Dass ausgerechnet der Platz gegenüber des Wohnhauses, an dem Fließ auch noch eine berühmte Rede bei der Einweihung des Mahnmals hielt, nach ihm benannt wird, erfüllt seine Nachkommen mit Stolz: „Der ganzen Familie lief es kalt den Rücken runter, als wir davon erfuhren“, verrät Christel Fließ. „„Wir freuen uns, dass ihm nun so eine Ehre zu teil wird.““

Info:

Die Rede zur Einweihung des Mahnmals zu Ehren der Kriegsoffer, das von der Weddinghofer Jugend gepflegt werden sollte:

„Verehrte Anwesende, meine lieben Jungen und Mädels!
Wir stehen hier an einer Stätte, die uns an die Toten eines schrecklichen Krieges erinnert. Inzwischen ist ein noch furchtbarer Krieg über unser Volk hinweggegangen, weil man den Sinn dieses Ehrenmals missverstanden hatte. Es wurde zu einer Kultstätte des Vergeltungsgedankens gemacht. Aber nicht Hass und Rache fordern die Toten, deren Namen hier in Stein gemeißelt sind, vielmehr wollen sie uns sagen, wie sinnlos Kriege heute geworden sind. Die Toten wollen uns Mahnen, in Frieden mit allen Menschen zu leben. Wenn wir diese Mahnung hören, ist ihr Tod nicht umsonst gewesen. Deshalb ist es mir als Bürgermeister der Gemeinde Weddinghofen eine ganz

besondere Freude, dass ich dieses Denkmal gerade in Eure Obhut geben kann, Ihr Jungen und Mädels, denn Ihr habt Euch zur Aufgabe gestellt, dass Leid und die Not in der Welt zu lindern. In Euren Herzen wird nie der Gedanke Raum haben können, neues Leid unter die Menschen zu bringen. So ist die Erinnerung an die Toten des Krieges bei euch in guten Händen und ich übergebe hiermit dieses Mahnmal in Eure Pflege.“